

# BUND mischt auch mit

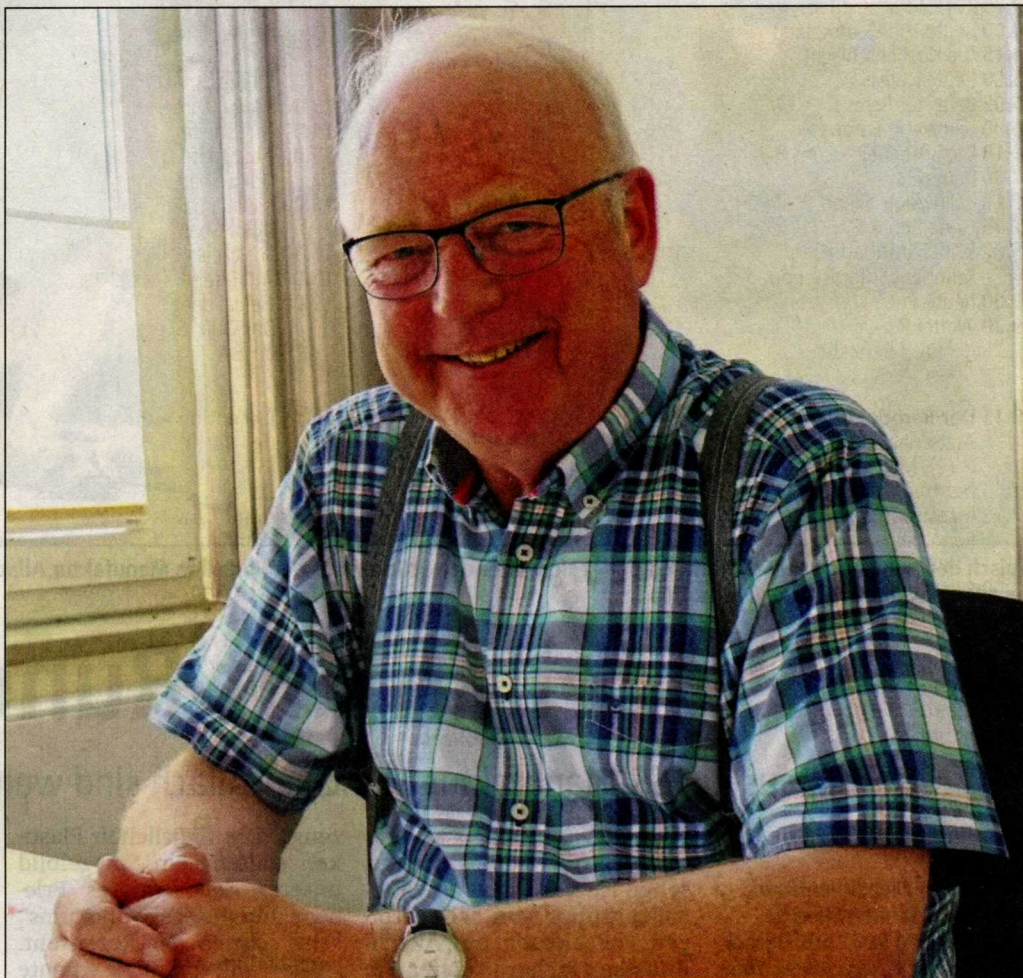
Gemeinde Brockel legt Widerspruch gegen Reststoffbehandlungsanlage Bellen ein

Von Joris Ujen

**BROCKEL** • Die Gemeinde Brockel als federführendes Organ, die Samtgemeinde Bothel, zehn Bellener Bürger sowie nun auch der niedersächsische Landesverband vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben am Dienstag Widerspruch gegen die Baugenehmigung der Reststoffbehandlungsanlage der Firma Exxon in Bellen eingelegt. Entsprechende Post bekommt das Landesbergamt nach Hannover in den kommenden Tagen. Dass der BUND sich jetzt dazugesellt hat, ist auch Brockels Ortsbürgermeister Rolf Lüdemann (CDU) zu verdanken.

Der Antrieb für den Widerstand der Region fußt auf den erhöhten und noch ungeklärten Krebszahlen in der Samtgemeinde Bothel und in Rotenburg. Die Befürchtung, dass durch die Anlage noch mehr krebserregende Schadstoffe in die Region gelangen, liegt nahe. Die sollen – angenommen der Konzern erhält grünes Licht für den Bau – aus dem gesamten Elbe-Weser-Raum nach Bellen geschafft werden. Dort will Exxon Anlagenteile wie Rohre und Armaturen reinigen. Des Weiteren sollen Flüssigkeiten, die bei der Reinigung von Anlagenteilen im Gasförderbereich Elbe-Weser anfallen, aufbereitet werden. In der geplanten Reststoffbehandlungsanlage sollen die Feststoffe und Flüssigkeiten voneinander getrennt und anschließend an zertifizierte Abfallunternehmen abgegeben werden, schreibt der Mineralölkonzern auf seiner Internetseite. Solche Abnehmer befinden sich unter anderem in Leipzig, Bremen, Liebenau und Bitterfeld.

Exxon hatte schon den Herbst 2019 für den Baubeginn angepeilt. Am 31. Mai kam die behördliche Genehmigung dafür vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) aus Hannover. Die Behörde hat nun aber Post aus Brockel bekommen und muss sich mit den Einwänden der Gemeinde und deren Unterstützer befassen. Für das Schreiben beauftragte die Gemeinde ein Berliner Anwaltsbüro. Es ist eine Kanzlei, die sich unter anderem schwerpunktmäßig mit



Rolf Lüdemann und die Gemeinde Brockel wehren sich gegen den Bau der Exxon-Anlage. Rückendeckung erfahren sie durch die Samtgemeinde Bothel, Bürgern und nun auch dem BUND. • Foto: Ujen

den Gebieten Umwelt und Wasser befasst.

„Unser Ziel ist es“, erklärt Lüdemann, „rechtlich abzuklären, ob die beantragte Aufbereitungsanlage im Außenbereich erstellt werden darf.“ Das Bauen von Gasförderanlagen im Außenbereich sei laut dem Christdemokraten zulässig, ob das aber auch für die geplante Reststoffbehandlungsanlage gilt, „ist strittig aus meiner Sicht. Wir als Gemeinde Brockel befürworten das Bauvorhaben nicht, da solch eine Anlage in ein Industriegebiet gehört.“ Dieser Einwand bezüglich des Baurechts ist Aufgabe der Gemeinde, erklärt der Brockeler Verwaltungschef. Für den Brandschutz ist wiederum die Samtgemeinde Bothel zuständig.

Die am Widerspruch teilnehmenden Bürger aus Bellen und der BUND haben hingegen die Möglichkeit, gegen den umweltrechtlichen Teil vorzugehen. Dass der BUND sich nun einschaltet, ist zum einen, Lüdemann zu verdan-

ken, der mit Bothels Samtgemeindebürgermeister Dirk Eberle zu einer Bürgerversammlung Anfang Juli eingeladen hatte. Dort nahm er die Umweltverbände in die Pflicht, sich zu beteiligen. Zum anderen hat Manfred Radtke, Vorsitzender der BUND-Kreisgruppe Rotenburg, dafür gesorgt, dass der Landesverband mit seinem Fachwissen mitwirkt.

## BUND fordert Akteneinsicht vom LBEG

„Zuerst müssen wir vom LBEG Einsicht in die Akten erhalten“, sagt Tonja Mannstedt, Pressesprecherin des BUND Niedersachsen. Der Verband geht davon aus, dass Umweltbelange nicht in Gänze berücksichtigt worden sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) solle für Klarheit sorgen. Nun geht es laut Lüdemann darum, welche der beiden Parteien das Recht zugesagt bekommt: Gewinnt die Gemeinde Brockel mit ihrem

Widerspruch, „können wir das Buch zumachen und es wird nicht gebaut“, so der Bürgermeister. „Angenommen, das LBEG wehrt sich und sieht sich im Recht, muss unser Anwaltsbüro prüfen, ob wir in ein Klageverfahren gehen.“ Dafür müsse die Rechtsauffassung stark genug sein.

Wichtig sei Lüdemann dabei aber eine sachliche Auseinandersetzung. Er sagt: „Wir sind nicht verfeindet mit Exxon. Sollte das Vorhaben des Konzerns letzten Endes zulässig sein, müssen wir den optimalen Schutz für unsere Bürger herausholen.“

Das Verfahren verursacht auch Kosten für die Gemeinde Brockel. So müssen die beauftragte Berliner Kanzlei und auch eine Widerspruchsgeldgebühr bezahlt werden. „Stimmt der Rat dafür, werden die erforderlichen Mittel aus dem Haushalt dafür bereitgestellt“, so der Ortsbürgermeister, der sich aber der Rückendeckung des Gremiums gewiss ist.